

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 216

8. November 1984

Rudolf Purps MdB zur Oppositionsstrategie der SPD: Generalangriff auf Union starten.

Seite 1

Dr. Helmut Rothenmund MdL, Vorsitzender der bayerischen SPD, zur Flick-Affäre: Transparenz ist das Gebot der Stunde.

Seite 2

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, fordert eine umweltpolitische Parlaments-Initiative: Wald-in-Not-Koalition bilden.

Seite 4

General-Angriff auf Union starten

Überlegungen zur Oppositionsstrategie der SPD

Von Rudolf Purps MdB

Nicht erst seit der Sommerpause versucht die CDU/CSU SPD und Grüne als festes Bündnis darzustellen. Geißlers Strategie, ein angeblich rot-grünes Chaos auszumalen, ist nicht nur von der semantischen Anlage her gefährlich. Es ist der gezielte Versuch, mit Sonthofener Methode Sprachregelung für das eigene Lager auszugeben und in die Stammwählerschaft der Sozialdemokratie einzubrechen.

Parteitaktische Opportunität wird von der CDU wieder einmal vor die sonst so beschworene Gemeinsamkeit demokratischer Grundwerte gesetzt. Aber dies ist nichts Neues. Zum Machterhalt sind der CDU und besonders der FDP bekanntlich alle Mittel recht.

Dennoch liegt in dieser Strategie, das müssen wir sorgfältig beachten, für die CDU eine Chance, wenn wir die Auseinandersetzung mit den Grünen um Themen, Lösungen und Wählerstimmen nicht mit der absolut notwendigen für Wählerschaft und Öffentlichkeit erkennbaren Abgrenzung führen. Sonst könnte es der CDU gelingen, diese wichtige Auseinandersetzung in der Sache als Liebeswerben der SPD bei den Grünen für ihre Zwecke umzudeuten.

Zur Wiedergewinnung der politischen Mehrheit wird die wechselseitige Abwerbung von drei bis vier Prozent nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren nicht führen können. Hieraus darf nicht der Schluß gezogen werden, wir sollten dieses Feld den Grünen überlassen, dies wäre taktisch verfehlt und politisch nicht zu verantworten; aber die Hauptstoßrichtung einer parteipolitischen Offensive zur Gewinnung neuer Wähler muß sich gegen die CDU/CSU richten.



Sie ist unser Steinbruch, der durch Skandale, Nichtstun und verfehlte Entscheidungen deutlich Risse bekommen hat, die wir vertiefen müssen. Beispielsweise haben wir bisher nicht genügend die Tatsache genutzt, daß ein Teil der CDU/CSU-Wähler, die gewerkschaftlich organisiert und engagiert sind, über die einseitige Stellungnahme und Unterstützung der Bundesregierung für die Unternehmensseite verärgert sind.

Weitere Ansatzpunkte bieten sich bei der Enttäuschung der Arbeitnehmer über den für sie ausgebliebenen Aufschwung, bei den Kürzungen im Sozialbereich, bei Rentnern, im öffentlichen Dienst, bei den Eltern schulentlassener Jugendlicher und bei jungen Menschen, die nach der Ausbildung in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Meiner Meinung nach wird diese Frage in den nächsten Jahren zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, mit einer sozialen Sprengwirkung, die ich noch nicht abzuschätzen vermag. Im vorgenannten handelt es sich um Wählerbereiche, die nach ihren negativen Erfahrungen mit der CDU/CSU/FDP-Regierung den Forderungen und Alternativen der SPD-Opposition besonders zugänglich sein müßten.

Das Gesetz der großen Zahl besagt nun einmal, daß es wahrscheinlich leichter ist zehn Prozent von nahezu der Hälfte der Wahlbevölkerung anzusprechen als 20 Prozent einer Gruppierung, die um zehn Prozent der Stimmen zu gewinnen vermag. Nach dem Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag gibt es nun einmal einen harten Stamm von Wählerinnen und Wählern, besonders unter den Jüngeren und besser Ausgebildeten, die partout nicht bereit sind, SPD zu wählen, auch wenn Sozialdemokraten noch so überzeugend darauf hinweisen, daß längst vor der Existenz der Grünen Partei der praktische Umweltschutz von ihnen vorangetrieben wurde.

Die Zeit für den Generalangriff auf die CDU/CSU ist gekommen, deren "Erblast"-Strategie zieht nicht mehr. Wir müssen in der Öffentlichkeit klarmachen, daß die drängenden Probleme weder durch apokalyptische Beschwörungen und daraus resultierende Maximalforderungen gelöst werden können, noch sich durch das permanente Aussetzen von Koalitions- und Personalkonflikten der Regierung von selbst erledigen. Mit Vorschlägen wie dem Programm "Arbeit und Umwelt" sind wir meines Erachtens auf dem richtigen Weg. Thematisch liegt in der Verbindung von neuen Lösungsvorschlägen auf der Basis solider Finanzierbarkeit unsere Chance. (-/8.11.1984/ks/rs)

+ + +



Transparenz ist das Gebot der Stunde

Die Politiker müssen verlorenes Vertrauen der Bürger zurückgewinnen

Von Dr. Helmut Rothmund MdL
Vorsitzender der bayerischen SPD

Es gibt in der derzeitigen innerdeutschen Politik Formulierungen und Verhaltensweisen, die selbst für erfahrene politische Praktiker, atemberaubend sind. Wenn die FDP-Schatzmeisterin Adam-Schwaetzer zu einer neuen, der FDP offenbar anonym zugegangenen und rechtswidrig nicht öffentlich annoncierten Sechs-Millionen-Spende erklärt: "Die sind nun mal da. Wenn's die Leute aufregt, kann ich das auch nicht ändern" - wenn eine Spitzenpolitikerin derartig kaltschnäuzig das berechnete Interesse der Öffentlichkeit an Transparenz von Parteispenden und Politikerversubventionen ignoriert, dann ist, wenn nicht von einer Staatskrise, so doch von einer moralischen Krise der Politik zu sprechen.

Wenn ein Bundestagspräsident nicht begreift, daß seine offensichtlich vom Flick-Konzern finanzierten Nebenverdienste, für die er keine adäquaten Leistungen erbracht, den redlichen Steuerzahler empören müssen, dann muß von einer Vertrauenskrise in unserem demokratischen Staat gesprochen werden.

Ich halte den Eindruck, daß die Republik und ihre führenden Repräsentanten käuflich seien, für unzutreffend. Entscheidend aber ist, daß ein solcher Eindruck entstehen konnte. Dies ist ja nicht das Werk von Agitatoren, sondern das Ergebnis von nicht widerlegten journalistischen und staatsanwaltschaftlichen Recherchen.

Es gibt nur einen Ausweg aus der die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie gefährdenden Situation: Die Politiker müssen verlorenes Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Konkret halte ich die Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Abgeordneten in Bund und Land für unabdingbar. Argumente dagegen wie etwa, erfahrene Berufspraktiker würden dadurch von Mandaten abgeschreckt, können nicht überzeugen, weil es wahrhaftig keine Schande ist, sich im Berufsleben bewährt und gut verdient zu haben. Abgeschreckt würden Leute, die etwas zu verbergen haben, und die sollen ja durchaus aus der Politik herausgehalten werden.

Täuschen wir uns nicht - das schlimme Wort von der Flick-Republik hat unserer Demokratie bereits tiefe Narben geschlagen. Alle Parteien sind aufgerufen, sich künftig in Spendenangelegenheiten korrekt zu verhalten und ihre Mandatsträger zu absoluter Offenheit zu veranlassen. Auch die CSU muß in dieser Frage klar Stellung beziehen.
(-/8.11.1984/ks/rs)

+ + +



Wir brauchen eine Wald-in-Not-Koalition

Wenn die Regierung versagt, muß das Parlament die Dinge in die Hand nehmen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Wer auf der Hornisgrinde oder an anderen exponierten Stellen des Schwarzwaldes spazierengeht und die dürren Baumgerippe in den Himmel ragen sieht, dem kann es nur wie bitterer Hohn klingen, wenn die Bundesminister Kiechle und Zimmermann immer noch glauben, vor "Panikmache" warnen zu müssen.

In Baden-Württemberg sind 66 Prozent der Wälder geschädigt, in Bayern 57 Prozent, in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen 42 Prozent. Ist das noch nicht genug?

Die Bundesregierung redet davon, daß die Luftreinhaltung "höchste Priorität" habe, und im gleichen Atemzug verschiebt sie die Entgiftung der Kfz-Abgase auf 1989. Das bedeutet weitere fünf Jahre massives Blei- und Stickoxid-Bombardement aus den Auspufftöpfen der Kraftfahrzeuge. Und dies, obwohl die technischen Möglichkeiten zur Abgasreinigung vorhanden sind, obwohl mehr als 75 Prozent der Bürger bereit sind, auch Opfer zu bringen, um die rapide Zunahme des Waldsterbens zu stoppen.

Woran es mangelt, ist der politische Wille. Die Bürger sind einsichtiger als die Regierung. Sie wissen, daß mit dem Wald nicht nur unsere ökologischen Grundlagen bedroht sind - der Wasserhaushalt, das Klima, viele Tier- und Pflanzenarten, sondern auch riesige ökonomische Verluste ins Haus stehen.

Was wird Herr Kiechle den Waldbesitzern sagen, den Holz- und forstwirtschaftlichen Betrieben, den Gemeinden, den Hotel- und Pensionsbesitzern, den Hunderttausenden von Arbeitnehmern, die im Fremdenverkehr und Kurwesen arbeiten, wenn der Wald abstirbt?



850.000 Arbeitsplätze sind allein in der Holz- und Forstwirtschaft gefährdet. Wir brauchen rasche, klare Entscheidungen über

- die sofortige Einführung eines Tempolimits,
- die verbindliche Vorschrift für Abgaskatalysatoren ab 1. Januar 1986, auch im nationalen Alleingang,
- Steuervergünstigungen für bleifreies Benzin und umweltfreundliche Autos,
- beschleunigte Entschwefelung und Entstickung der Kraftwerke und Industrie-
feuerungen,
- zusätzliche Maßnahmen zur Gesundung der Böden und Wiederaufforstung,
- baldige einheitliche Regelungen in der EG, um den grenzüberschreitenden Schad-
stofftransport zu stoppen.

Außergewöhnliche Gefahren erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Wenn die Regierung versagt, muß das Parlament die Dinge in die Hand nehmen. Ich bin sicher, daß es eine Mehrheit für die Rettung des Waldes geben wird, wenn alle Fraktionen miteinander reden, wenn die Länder und Kommunen beteiligt werden, wenn Wirtschaft und Umweltverbände an einen Tisch kommen.

Was wir brauchen, ist eine große nationale Kraftanstrengung, eine Wald-in-Not-Koalition.

(-/8.11.1984/ks/rs)

+ + +

